

Referat des Landesvorsitzenden
der PDS Thüringen Dieter Hausold

*Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist 09.30 Uhr!*

Sömmerda, den 17.01.2004

Anrede!

Die Jahreswende 2003/2004 war von den Debatten und Beschlüssen zu den sogenannten „Sozialreformen“ bestimmt. Die bundesdeutschen Altparteien liefern sich einen Überbietungswettbewerb im Sozialraubbau, man kann getrost von einer Schröder-Merkel-Agenda reden.

Die Aushöhlung des Kündigungsschutzes und Verschärfung der Zumutbarkeit für Arbeitssuchende sind nur zwei Themen, bei denen sich die Räuber einig sind und anschließend mit profilierungssüchtigem Gemauschel im Vermittlungsausschuss schließlich Nägel mit Köpfen machen.

Das Land habe gewonnen, tönt es aus der Räuberammer der Einheitspartei von SPD, Grünen und CDU/CSU.

Das Land gewonnen? Welches Land, liebe Genossinnen und Genossen gewinnt, wenn es seine Bürgerinnen und Bürger schröpft und ausplündert?

Nein! Gewonnen hat nicht das Land, sondern haben Konzerne, Banken, Versicherungen und die Pharmaindustrie.

In diesem Zusammenhang wundert es auch nicht, dass die Thüringer Partei des Staatssekretärs Christoph Matschie diese Plünderungen gut heißt, befördern will und Unterstützung durch die Landes-CDU erhält.

Anrede!

Angesichts dieser Situation ist es um so wichtiger, mit den Menschen Alternativen zu vorherrschenden Politik zu beraten. Ihnen Angebote zu unterbreiten und plausibel darlegen, dass es auch anders geht. Dabei spielt für uns die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger eine große Rolle. Deshalb ist mehr Demokratie der rote Faden unserer Politik und bleibt mehr soziale Gerechtigkeit unser wichtigstes Ziel. Deshalb haben wir dem heute hier zu diskutierenden und zu verabschiedenden Entwurf des Landtagswahlprogramms diese beiden Aussagen vorangestellt.

Weder ein Mehr an Demokratie, noch soziale Gerechtigkeit gehören derzeit zur Praxis der Regierenden in Bund und Land.

Darüber können den aufmerksamen Beobachter auch die vielen anderslautenden Beteuerungen von Regierungschefs, Ministern und deren jeweiligen Partei- und Fraktionsspitzen nicht hinwegtäuschen.

Es ist für die Entwicklung und das Ansehen der Demokratie nicht hinzunehmen, wenn sich vier- einhalb Parteivorsitzende und einige Ministerpräsidenten, die dem Vermittlungsausschuss noch nicht einmal angehören, auf die tiefgreifendsten Veränderungen, im Grunde auf die fortschreitende Demontage des Sozialstaates einigen.

Das Parlament wird zur Absegnungsinstitution für die Entscheidungen weniger Politgrößen degradiert. Demokratisch ist das nicht mehr.

Sozial gerecht und ausgewogen nennen SPD/Grüne sowie CDU/CSU ihre Politik.

Welch ein Hohn, wenn der Kanzler einerseits um Verständnis für die Einschnitte seiner Politik wirbt und andererseits Bürgerinnen und Bürger zu mehr Konsum, zur Ankurbelung der Binnenkonjunktur auffordert. Alle, so ist von ihm und seiner Ministern ständig zu hören, müssten einen Beitrag leisten.

Wissen Sie, Herr Bundeskanzler, wovon Sie reden? Wenn Sie es ehrlich meinen würden, müssten Sie ihre Politik vom Grundsatz her verändern.

Ihre Wahrheit sieht doch ganz anders aus:

Die Lebenslage der Schwächeren in diesem Land, der Bezieher der mittleren und unteren Einkommen wird sich verschlechtern. Weder ein Wirtschaftsaufschwung und neue Arbeitsplätze, schon gar nicht soziale Sicherheit können so erreicht werden.

Die Verlierer dieser Politik stehen dagegen schon jetzt fest.

Es sind diejenigen, die sich zukünftig nicht mehr auf Kündigungsschutz verlassen können. Die zukünftig nahezu jede Arbeit annehmen müssen und so ihre erworbene Qualifizierung Schritt für Schritt einbüßen.

Es sind Kranke und Versicherte im allgemeinen, die seit dem ersten Januar vor allem durch Praxisgebühr sowie enorm gestiegene Zuzahlung für Medikamente und medizinische Leistungen umfangreich belastet werden – obwohl damit keinerlei dringend notwendige Verbesserungen in den Abläufen der medizinischen Versorgung verbunden ist.

Es sind die Rentnerinnen und Rentner, die auf Einkommen verzichten müssen, ohne das die jüngeren Beitragszahler dadurch mehr in ihrer Brieftasche vorfinden werden.

Es sind die Städte und Gemeinden, für die es keine tragfähige Gemeindefinanzreform geben wird.

Es sind schließlich all jene, die mit ihrer Arbeit oft über Jahrzehnte das öffentliche Eigentum mit schufen und die nun eine Privatisierungspolitik erleben, die das Ergebnis ihrer Arbeit in die Hände von Aktiengesellschaften, Banken und Versicherungskonzernen gibt.

Das ist die Wahrheit ihrer Politik, meine Damen und Herren der Sozialraubparteien.

Anrede!

Dieser Politik der Bundesregierung und der konservativen Opposition muss Widerstand geleistet, dieser Politik müssen Alternativen entgegengesetzt werden.

Von der Thüringer Landesregierung ist beides nicht zu erwarten. Die alleinregierende CDU zielt mit ihrer Politik in die gleiche Richtung.

Noch im vergangenen Jahr hat sich Ministerpräsident Althaus für die Aushöhlung der Flächentarifverträge und die Lockerung des Kündigungsschutzes ausgesprochen.

Bei der Steuerreform geht es nach seinen Worten der Thüringer CDU vor allem um Subventionskürzung und Vereinfachung. Dabei ist klar, es wird auch hier am Ende nicht um eine tatsächliche Entlastung der Bezieher mittlerer und unterer Einkommen gehen. Im Gegenteil: Alle unvoreingenommenen Experten bestätigen, dass eine „einfache“ Steuererhebung - nach Herrn März etwa - keine sozial gerechte Steuergesetzgebung sein kann.

Wir sagen, Alternativen sind möglich. In unserem Landtagswahlprogramm wollen wir sie den Bürgerinnen und Bürgern unterbreiten und für einen politischen Richtungswechsel werben.

Dabei sind Bundes- und Landespolitik in vieler Hinsicht nicht voneinander zu trennen. Gerade die aktuellen politischen Auseinandersetzungen und die absehbaren Folgen des Kurses der Bundes- wie auch der Landesregierung erhärten unsere Forderung nach einer grundlegend veränderten Einnahmepolitik.

Im Mittelpunkt muss eine Steuerpolitik stehen, welche die unteren und mittleren Einkommen tatsächlich entlastet sowie Banken, Konzerne und Versicherungen sowie die Reichen wieder angemessen beziehungsweise überhaupt wieder in die Finanzierung des Gemeinwohls einbezieht. Von einer gerechteren Steuerpolitik würde auch Thüringen profitieren, könnten Handlungsspielräume erschlossen werden. Gibt es eine solche Wende nicht, so wird die Politik auch zukünftig für Steuerausfälle in Größenordnungen verantwortlich sein. Die Folge sind dann wiederum Ausgabenkürzungen und neue Schulden. Wer diesen Teufelskreis durchbrechen will, der muss auch den Mut aufbringen, Geld aus den Gewinnen der großen Unternehmen, Spekulations- und Veräußerungsgewinne durch eine veränderte Steuergesetzgebung heranzuziehen.

Auf dieser Grundlage tritt die PDS Thüringen mittelfristig für ausgeglichene Haushalte ein. Blindes Kürzen vor allem zu Lasten sozialer Leistungen, der Arbeitsförderung und gegenüber den Kommunen, wie es die Landesregierung auch mit dem gegenwärtigen Haushalt erneut und in zugespielter Form betreibt, lehnen wir ab.

Für die Thüringer CDU ist ihre Politik auch in diesem Punkt alternativlos. Wer die Mehrheit, wer die Macht hat, braucht nach dem Althaus'schen Verständnis offensichtlich nicht mehr zu lernen. Obwohl gerade der Ex-Lehrer wissen müsste, wie wichtig das Lernen ist.

Wir sehen dagegen durchaus, dass es auch im Land Möglichkeiten gibt, finanzielle Spielräume ohne Sozialabbau und Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen zu erschließen.

Dabei gehört es zu Ehrlichkeit in der Politik, auch die bekannten heißen Eisen offen zur Debatte zu stellen. Nach unserer Auffassung ist eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform durchaus geeignet, finanzielle Spielräume für den Landes- und die Kommunalhaushalte zu erschließen. Voraussetzung ist allerdings, dass im Ergebnis größere Bürgernähe und ein Abbau von Bürokratie erreicht werden. Dies wiederum wird nur zu erreichen sein, wenn eine umfassende Einbeziehung der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und die Wahrung ihrer Interessen einen solchen Prozess begleiten.

Anrede!

Neben einer veränderten Einnahmepolitik halten wir einen Umbau der Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme für dringend geboten. Es geht um eine Entkopplung dieser Finanzierung von den Lohnarbeitsverhältnissen und die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe durch die Unternehmen. Dies ist sicher eine längerfristige Aufgabe. Sie muss jedoch jetzt begonnen werden.

Sofort könnte dagegen die Einbeziehung aller Einkommensarten zur Finanzierung der Sicherungssysteme, von Beamten, Freiberuflern und vor allem den Großverdienern und Millionären wirksam werden. Die Herren Althaus und Matschie sollten sich weniger dafür engagieren, die

Leistungen von Beamtinnen und Beamten zu kürzen, sondern dafür, dass sie an der Finanzierung des Sozialsystems beteiligt werden.

Anrede!

Für uns ist Sozialpolitik kein Anhängsel, welches nach Haushaltslage zu gestalten ist. Sie soll die soziale Daseinsvorsorge und damit einen wichtigen Teil der Lebensqualität von Bürgerinnen und Bürgern sichern.

Eine Gesellschaft, in der sich alles rechnen soll, die alles an den Maßstäben eines rigiden Zeit- und Finanzmanagements misst, wird auf Dauer ihren sozialen Zusammenhalt verlieren. Diese Fragen gehören – gerade auch am Beispiel aktueller Politik – in die öffentliche Debatte.

Deshalb tritt die PDS Thüringen für eine regelmäßige Sozialberichterstattung der Landesregierung sowie auf kommunaler Ebene ein. Die Menschen müssen die Tatsachen von sozialer Bedürftigkeit kennen, um die Situation Betroffener bewerten und die Konsequenzen der gegenwärtigen Sparpolitik im sozialen Bereich abschätzen zu können. Es geht um ein öffentliches Klima, indem das Sozialstaatsgebot gestärkt wird.

Staat und Demokratie werden von sehr vielen Thüringerinnen und Thüringern auch nach der Gestaltung der Sozialpolitik beurteilt. Die Einbeziehung von Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden sowie der Betroffenenvertretungen, von „Runden Tischen der sozialen Verantwortung“, dem Thüringer Arbeitslosenparlament und der Thüringer Armutskonferenz in die Sozialplanung und die Erarbeitung sozialer Standards ist für uns ein wichtiger demokratischer Grundsatz.

Die PDS tritt konsequent für die Erhaltung der Leistungsgesetze des Landes im sozialen Bereich ein. Blindengesetz, Kindertagesstättengesetz und die Gewährung von Erziehungsgeld müssen erhalten werden. Um den Kommunen mehr Spielraum für die Gewährleistung der sozialen Daseinsvorsorge zu ermöglichen, streben wir eine Neufestlegung des Sozialhilfelastenausgleiches an.

Anrede!

Auf Auswirkungen der Gesundheitsreform der Bundesregierung habe ich bereits hingewiesen. In Jahr 2004 stehen Veränderungen in der Pflege an, die nicht weniger gravierend sein werden.

Die PDS tritt für eine Weiterentwicklung der Pflegeversicherung ein. Dabei müssen Pflegeinhalte und somit eine qualitative Verbesserung der Pflege im Mittelpunkt stehen. Genau diese Ziele verfolgt die für den kommenden April geplante Reform der Pflegeversicherung aber offensichtlich nicht. Es ist auch nicht zu erwarten, dass die zum Teil mehr als komplizierte Situation in den Pflegeheimen, vor allem der Mangel und die miserable Bezahlung von professionellen Pflegekräften Berücksichtigung finden werden. Wie schon bei der Gesundheitsreform ist davon auszugehen, dass rein finanzielle Prämissen Maßstab sein werden.

Einer solchen Entwicklung muss Widerstand entgegengebracht werden. Sie widerspricht dem ursprünglich mit der Pflegeversicherung angestrebten Ziel, das Leben alter und pflegebedürftiger Menschen unabhängiger zu gestalten.

Wir bleiben bei dem Grundsatz: Pflege muss ein Leben in Selbstbestimmung und Würde gewährleisten. Dies ist nur möglich, wenn genügend Spielraum bleibt, damit die individuellen Bedürfnisse der zu Pflegenden angemessen Berücksichtigung finden können.

Aus diesen Prämissen ergeben sich die entsprechenden Anforderungen an die Landespolitik. Vor allem durch eine Entbürokratisierung der Pflege kann mehr Zeit und individuelle Zuwendung für Pflegebedürftigen erreicht werden. Wollen wir dem Prinzip „ambulant vor stationär“ auch zukünftig gerecht werden, benötigen wir in Thüringen ein ausgebautes Netz an ambulanten Pflegeeinrichtungen mit entsprechend qualifizierten Personal. Für den Bereich der stationären Altenhilfe ist ein neues Investitionsprogramm des Bundes und des Landes erforderlich, um in Thüringen zukünftig 3000 Pflegebetten bereitzustellen.

Anrede!

Bundes- und Landesregierungen behaupten gleichermaßen, ihre Politik, die durch sie eingeleiteten beziehungsweise angestrebten Reformen, würden die Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze schaffen.

Wer jedoch wie die Regierenden den Menschen die Kaufkraft raubt und immer weiter einschränkt, öffentliche Investitionen reduziert, Billiglohn und ungeschützte Arbeitsverhältnisse befördert und Wirtschaftsförderung nicht an die Schaffung beziehungsweise den Erhalt von Arbeitsplätzen bindet, der wird das Gegenteil erreichen.

Die Bilanz aus dreizehn Jahren CDU Politik in Thüringen weist über 400 000 fehlende Arbeitsplätze aus. Wir konstatieren eine Massenarbeitslosigkeit auf hohem Niveau und eine nach wie vor steigende Zahl von Dauerarbeitslosen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sinkt weiter. Thüringen bleibt auch am Beginn dieses Jahres das Land mit den niedrigsten Löhnen in ganz Deutschland. Diese Zustand muss endlich überwunden werden.

Wir wenden uns strikt gegen alle Billiglohnkonzepte. Arbeit darf eben nicht zur „Lohnarmut“ führen. Es ist doch nicht mehr nachzuvollziehen, dass arbeitende Menschen in Thüringen gleichzeitig Sozialhilfeempfänger sind.

Die Fakten belegen: Sozialraubbau kurbelt die Konjunktur eben nicht an. Im Gegenteil. Die soziale Schieflage im Land verschärft die ökonomischen Probleme.

Anrede!

Arbeit stellt für die meisten Menschen das drängendste Gegenwartsproblem dar. Wenn sie fehlt, ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Sicherung eines ausreichenden Lebensunterhaltes gefährdet. Die PDS geht in ihrer Politik von den Menschen aus. Von dem, was sie für ein erfülltes Leben brauchen. Deshalb hat Arbeit in ihrer gesamten Vielfalt für uns einen hohen Stellenwert. Deshalb streben wir eine grundlegende Wende in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik an.

Konzepte, die auf eine Verlängerung der Wochen- und der Lebensarbeitszeit hinauslaufen – wie sie von der CDU propagiert werden – führen in die völlig falsche Richtung. Was wir benötigen ist vielmehr die gerechte Verteilung der Arbeit.

Es ist doch für sehr viele Menschen spürbar: Lange Arbeitslosigkeit bedrückt das Leben – materiell und mental. Nicht wenige Betroffene werden krank. Andererseits arbeiten Menschen unter den gegebenen Bedingungen oft bis zur Erschöpfung. 50 Millionen bezahlte Überstunden gibt es in Thüringen in einem Jahr. Allein ihr Abbau würde die Einrichtung von etwa 15 000 neuen Arbeitsplätzen ermöglichen.

Statt der in der Diskussion befindlichen Verlängerung der Arbeitszeit schlagen wir eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit – 40 Stunden sollten die gesetzliche Höchstarbeitszeit sein – und neue familienfreundliche Arbeitszeitmodelle vor.

Anrede!

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik muss sich vor allem an einem schrittweisen Abbau der Massenarbeitslosigkeit messen lassen. Die erfordert, dass sie auf Wirtschaftspolitik Einfluss nehmen kann. Wirtschaftsförderung, ich betone dies erneut ist in aller erster Linie an die Schaffung beziehungsweise den Erhalt von Arbeitsplätzen zu binden. Unsere Vorschläge dazu liegen seit langem auf dem Tisch. Viel stärker müssen darüber hinaus die Wechselwirkungen zwischen Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Sozial und Kommunalpolitik berücksichtigt werden. Daher streben wir die Aufwertung der Regionalbeiräte für Arbeitsmarktpolitik und der Ausstattung mit eigenen finanziellen Mitteln an.

Es steht außer Zweifel, Arbeit, Arbeitsinhalte und Arbeitsfelder verändern sich unter heutigen Bedingungen sehr schnell. Allein mit der herkömmlichen Erwerbsarbeit in den produktiven Bereichen können auf Dauer nicht genügend Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir erneuern daher unser Konzept eines Nonprofit-Sektors und plädieren damit für die öffentliche Förderung gemeinwohlorientierter Arbeit. In diesem Sinne schlägt die PDS Thüringen gleichfalls eine Sozialpauschale vor, die den Kommunen die Einrichtung von Feststellen im sozialen Bereich ermöglicht.

Chancen für neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze liegen zunehmend in einer nachhaltigen Entwicklung. Wirtschaftswachstum, welches vorwiegend auf gesteigerter Produktion von Gütern aufbaut, verschwendet Ressourcen, zerstört zunehmend die Umwelt und löst das Problem Arbeitslosigkeit nicht. Besonders die Land- und Forstwirtschaft und die Energiewirtschaft bedürfen zunehmend einer politisch gestützten Nachhaltigkeitsstrategie.

Wir benötigen ohne Zweifel eine durchgreifende Veränderung der Verkehrspolitik im Land. Es bleibt bei der Tatsache – auch wenn darüber in Deutschland nicht gerne geredet wird – der größte Ausstoß klimarelevanter Gase geht auch in Thüringen vom PKW- und LKW-Verkehr aus. Für uns bleibt deshalb die Zielstellung, den öffentlichen Personennahverkehr finanziell und strukturell so zu fördern, dass er attraktiver und eine tatsächliche Alternative zum Individualverkehr wird.

Anrede!

Der chancengleiche und gerechte Zugang zu lebensbegleitender Bildung ist eine der wichtigsten Menschenrechtsfragen des 21. Jahrhunderts. Dieser Herausforderung wird das Thüringer Bildungssystem derzeit nicht gerecht. Wir wollen deshalb eine umfassende Bildungsreform.

In diesen Tagen ist die gesamte Misere sozusagen auf der Straße erlebbar.

Ich will hier Sven Kupfer, Informatikstudent, zitieren: „Bei uns in Jena herrschen an einigen Fakultäten inzwischen Bedingungen, die Seminarbesuche schwer machen. Manche Studenten wissen nicht mehr, wie sie an ihre Abschluss­scheine kommen sollen.“

Jena ist da keine Ausnahme. Vor diesem Hintergrund finde ich die von der Bundesregierung in Gang gesetzte Debatte über Elite-Universitäten nach dem Beispiel der USA niveau- und geschmacklos. Was benötigt wird, sind Voraussetzungen für niveauvolle Bildung, Lehre und For-

schung in der gesamten Breite sowie die Stärkung der Autonomie der Hochschulen. Wir müssen der steigenden Zahl der Studierenden gerecht werden – besonders vor dem Hintergrund, dass in der Bundesrepublik dieser Prozentsatz derzeit noch unter dem vergleichbarer Länder liegt.

Chancengleichheit schließt finanzielle Zugangsbegrenzungen über Studiengebühren aus. Wir lehnen diese prinzipiell ab.

Es wäre gut, die Thüringer SPD-Führung könnte sich dieser Meinung anschließen. Statt dessen schleicht ihr Spitzenkandidat Christoph Matschie wie die Katze um den sprichwörtlichen heißen Brei. Er will Studiengebühren nicht von vorn herein ausschließen und meint andererseits, der Geldbeutel dürfe nicht über den Bildungsweg entscheiden. Was gilt denn nun?

Mit solchem Politikstil sind keine Alternativen für Thüringen zu gewinnen. Da muss sich noch viel ändern bei der SPD, bevor über eine Zusammenarbeit nachgedacht werden kann.

Anrede!

Bei Bildung und Erziehung kommt es auf den Anfang an. Dies beginnt in der Familie und wird altersgerecht in den Tagesstätten für Kinder ergänzt. Eine enge Verknüpfung von vorschulischer und schulischer Bildung und Erziehung befähigt zum lebensbegleitenden Lernen. Wir legen dabei Wert auf eine ganzheitliche Frühförderung.

In einer Zeit, in der die „Alles-muss-sich-Rechnen-Ideologie“ zumindest die veröffentlichte Meinung beherrscht, kommt es darauf an, musische, künstlerische, naturwissenschaftlich-technische und sportliche Interessen von Beginn an gemeinsam zu fördern.

Bereits vor vier Jahren, auf unserem Parteitag in Saalfeld war längeres gemeinsames Lernen für uns ein Thema in der bildungspolitischen Debatte. Wir haben unsere Positionen seither konsequent weiter ausgestaltet. Es ist gut, dass sich die SPD dem offenbar mittlerweile anschließen kann. Es entspricht nun einmal aktuellen bildungswissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen anderer europäischer Länder, dass die frühe Trennung der Schülerinnen und Schüler nach der Klassenstufe vier hin zur Regelschule und zum Gymnasium nicht vorteilhaft ist. Weder Kind noch Eltern sollten deshalb schon nach der Klasse vier entscheiden müssen, welche Laufbahn den Fähigkeiten des Kindes entspricht. Die PDS tritt für ein längeres gemeinsames Lernen aller Schülerinnen und Schüler bis zur Klasse 8 ein. Dies ermöglicht, soziale Kompetenz und Toleranz bei der Anerkennung individueller Verschiedenheit stärker zu entwickeln.

Anrede!

Die Integration – und eben nicht die Separation - von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen muss grundsätzlich in jeder Schule möglich sein. Die Wahl der Schulart, der Schulform und des Bildungsganges soll nach unserer Auffassung nicht länger vom sonderpädagogischen Förderbedarf des Kindes abhängen. Wir treten daher für eine gesetzliche Festschreibung der Möglichkeit integrativer Beschulung in jeder Schule und für jedes Kind ein.

Eine gute Schule braucht das Engagement jeder einzelnen Lehrerin und jedes einzelnen Lehrers, deren pädagogisches Geschick und fachliches Können. Aber dieses Engagement braucht Voraussetzungen. Bessere Voraussetzungen, als sie derzeit gegeben sind.

Ich will nur ein Thema herausgreifen: Wir setzen uns für die Wiedereinführung der Klassenleiterstunde ein. Sie ist notwendig, um mehr Zeit für einen vertrauensvollen Kontakt zwischen Lehrerinnen und Lehrern und ihren Schülerinnen und Schülern zu gewährleisten. Dies wird ein produktives Schulklima unterstützen.

Eine gute Schule ist unserer Meinung nach eine Schule, die Schülerinnen und Schüler nicht nur für den Markt und das Berufsleben, sondern im Sinne humanistischer Bildungsideale bildet und erzieht. Schülerinnen und Schüler sollen zu selbst bestimmter Teilnahme am gesellschaftlichen Leben befähigt werden. Aus diesen Gründen unterstützen wir die Ausweitung der Schulsozialarbeit an Thüringer Schulen. Hierin liegt eine Möglichkeit, über die Kooperation von Schule und freien Trägern der Jugendhilfe vor Ort. Schule kann sich so verstärkt zum Gemeinwesen hin öffnen und als Kommunikationsort verschiedener Generationen und Interessengruppen dienen.

Demokratie soll in noch stärkerem Maße schon an der Schule erlebt, gelebt werden. Deshalb gehört es zu unseren Prämissen Schülerinnen und Schüler, Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen stärker an der Profilierung und Gestaltung von Schule zu beteiligen. Dies gilt insbesondere für die Schulkonferenzen und für den Ausbau der Mitentscheidungsrechte für Schüler- und Elternvertretungen.

Anrede!

Demokratie ist – wie eingangs betont - der rote Faden unserer Politik. Wie eben für die Schule dargelegt, ist die demokratische Mitwirkung und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern für der PDS Dreh- und Angelpunkt unseres Politikverständnisses.

Heute erleben viel zu viele Menschen auch in Thüringen täglich auf neue, dass ihre Meinung, ihre Vorschläge und Forderungen, ihre Einspruch und ihre Einwände gegen politische Entscheidungen ignoriert werden. Dies wird zurecht als Arroganz der Macht empfunden. Im Interesse einer globalisierten Wirtschaft werden Entscheidungskompetenzen demokratisch gewählter Parlamente untergraben und eingeschränkt.

Dies hat nicht nur die schon beschriebenen, zum Teil verheerenden sozialen Folgen. Hier geht es um ein ganzheitliches Demokratieverständnis, welches politische Demokratie, soziale Demokratie und Wirtschaftsdemokratie in ihrer wechselseitigen Bedingtheit auffasst. Herrschaft des Volkes, wie in unserer Verfassung niedergelegt, ist nur dann denkbar, wenn Bürgerinnen und Bürger frei von dem Zwang sind, sich verkaufen zu müssen.

Nur der kann politisch frei entscheiden, der sozial frei ist. Wir sehen deshalb in der Stärkung parlamentarischer Rechte und demokratischer Gegenmächte gegenüber den Interessen von Konzernen, Großbanken und Anlagefonds die entscheidende Grundbedingung für wirkliche Volkssouveränität.

Dabei geht es nicht um Fragen, die weit in der Zukunft liegen, sondern um sehr aktuelle Entscheidungen. Deshalb wollen wir die repräsentative Demokratie mit wirksamen Formen direkter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in den Gemeinden, Landkreisen und auf Landesebene verbinden. Die Bürgerinnen und Bürger wollen dies durchaus, sie haben ihre Bereitschaft dazu und ihr Interesse an direkter politischer Mitwirkung im Bürgerbegehren für mehr Demokratie mit Nachdruck unterstrichen.

Bürgerinnen und Bürger sollen nach unserer Auffassung über grundsätzliche Richtungsentscheidungen der Wirtschaftsentwicklung mitentscheiden können. Dies betrifft beispielsweise den Erhalt und die Stärkung staatlichen und kommunalen Eigentums. Ohne dieses Eigentum vor allem in den wichtigsten Bereichen der Bereitstellung öffentlicher Güter und der Daseinsvorsorge gibt es keine soziale Demokratie, keine soziale Gerechtigkeit.

Die Demokratie insgesamt, vor allem aber die demokratischen Institutionen stehen vor großen Herausforderungen. Demokratische Errungenschaften sind zum Teil ernsthaft gefährdet. Dies findet Ausdruck in der Aufwertung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen aber auch in antidemokratischen Tendenzen in der Innenpolitik. Menschen- und Bürgerrechte werden

zugunsten staatlicher Eingriffe in die Privatsphäre eingeschränkt. Die Befugnisse der Polizei und der Geheimdienste wurden in dieser Richtung in Thüringen ausgeweitet. Diese Entwicklung muss beendet werden. Die PDS tritt für den Schutz der Rechte von Bürgerinnen und Bürgern und ihrer Organisationen gegenüber dem Staat ein.

Anrede!

Die PDS Thüringen strebt eine alternative Politik an, die Freiheit, Gleichheit, soziale Sicherheit und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den wichtigsten Entscheidungen erreichen will. So verstehen wir uns als sozialistische Menschenrechtspartei.

Ehrlich, mutig und links – wir sagen, es gibt eine Alternative. Diese unterbreiten wir den Wählerinnen und Wählerinnen und Wählern zur Diskussion und Mitentscheidung – vor den Wahlen am 13. Juni – und nach den Wahlen im gemeinsamen Wirken für eine andere Politik.